



Dr. Thomas Dehler
14. Dezember 1897 – 21. Juli 1967.
Deutscher Politiker (FDP). Studium der Rechtswissenschaften. Rechtsanwalt in München und Bamberg. Ab 1919 Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, später der Deutschen Staatspartei. 1924 beteiligt an der Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Im Dritten Reich aktiver NS-Gegner. 1944 in Zwangsarbeitslager verschleppt. 1945 Mitbegründer der FDP, 1946–1956 deren bayerischer Landesvorsitzender. 1948–1949 Mitglied des Parlamentarischen Rates, 1949 MdB. Als solcher bis 1953 Bundesjustizminister. 1954–1957 Bundesvorsitzender seiner Partei. Ab 1960 Bundestagsvizepräsident. Bedeutender Debattenredner im Parlament.

Dr. Thomas Dehler

Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Bonn

«Grundsätze des Liberalismus»

Als ich vor einigen Wochen bei der Aussprache des Bundestages über die Regierungserklärung des neuen Kabinetts mit Hochmut, mit hohem Mut den Anspruch auf die Gültigkeit und die Wirksamkeit der liberalen Idee für alle politischen Lebensbereiche erhob, erfuhr ich eine mannigfache Reaktion: ärgerlichen Unmut und Widerspruch bei den Gegnern, denen alles Liberale ein Greuel ist – bei anderen Verwahrung gegen das von mir für meine Freunde reklamierte liberale Monopol, während doch das Liberale Allgemeingut geworden sei –, bei meinen Freunden selbst Besinnung auf ihre geistigen Grundlagen, vermischt mit schlechtem Gewissen ob mancher Sünde wider den eigenen Geist. Ich bedenke: Wie sollte es mir heute Abend hier anders ergehen? Viele Menschen im Lande fühlten sich durch mich angerührt. Ein Zuruf machte mich betroffen: Ich sei der «letzte Liberale»; er erinnerte mich daran, dass mich im Jahre 1932 einer den «letzten Demokraten» genannt hatte.

Ich habe Sorge um die deutsche Liberalität und damit um die deutsche parlamentarische Demokratie.

Ein Bekenntnis zuvor: Es gibt kein sinnvolles Sein und Handeln ohne Leitbild, ohne eine Vorstellung, die das persönliche Leben und das menschliche Miteinander prägt; fehlt sie, dann ist der Mensch in seinem Bewusstsein gehemmt oder gar gespalten. Das gilt auch für ein Volk: Es kann auf die Dauer nur bestehen, wenn es die wahren Elemente seiner politischen, seiner gesellschaftlichen und seiner wirtschaftlichen Existenz erkennt und bejaht, in ihnen einig ist; anders ist es schizophren, gelähmt, auf die Dauer nicht handlungsfähig. Es ist ein Gewinn, wenn ein Volk und seine Menschen schon durch unbewusste Vorstellungen geeint sind, durch die Sitte, durch das gemeinsame Mutter- und Vaterbild, durch die in der Jugend erlebte Gemeinschaft der Familie, der Nachbarschaft der Gemeinde im weltlichen und im kirchlichen Raume; durch Beispiel und Vorbild seiner Besten. Die angelsächsischen Völker haben diese überkommenen Bindungen im stärkeren Maße als wir Deutschen, denen die Geschichte nicht hold war. Mark Twain hat diese überlegene Gelassenheit der Angelsachsen so ausgedrückt: «Eine Demokratie beruht auf drei Prinzipien: Auf der Freiheit des Gewissens, auf der Freiheit der Rede und auf der Klugheit, keine der beiden in Anspruch zu nehmen.» Wir Deutschen haben es schwer. Mehr als die anderen brauchen wir bewusste Lebensinhalte, klare politische Ziele, ein Bild von der Ordnung des Staates, der Gesellschaft und der Wirtschaft, das von unseren Menschen als verbindlich empfunden wird.

Gewinnen wir es nicht, dann werden wir nicht zur lebenskräftigen Gemeinschaft zusammenwachsen. Die Politik verlangt geistige Kraft. «Es ist der Geist, der sich den Körper schafft», lässt Schiller seinen Wallenstein sagen. «Es ist der Geist, der da lebendig macht», heißt es in der Heiligen Schrift. Es gilt auch für unser Volk. Geistige Kraft muss erstrebt werden. Nur aus einer im offenen Gespräch geklärten Denkarbeit wächst sie, gewinnt sie die Leuchtkraft heller, großer Gedanken. Ihre gefährlichen Feinde sind Vorurteil, Verketzerung anderer, Verwaschenheit, Gleichgültigkeit, Verflachung, Mitläufertum –. Weil unser Volk in schlechter geistiger Verfassung war, ist Not über uns und von uns über die Welt gekommen.

Mich hat seit einem halben Jahrhundert die liberale Idee in ihren Bann geschlagen. Ich spreche davon, um mich für den Anspruch dieser meiner Rede zu legitimieren. Es ist meine Erfahrung: Nur wenn in den entscheidenden Entwicklungsjahren des jungen Menschen der politische Funke geschlagen wird, wächst eine politische Überzeugung. Als Soldat im Ersten Weltkrieg hatte ich die bestürzende Erkenntnis des Versagens des monarchisch-autoritären Reiches, in das ich gläubig hineingewachsen war. Ich erlebte

unmittelbar den widerstandslosen und würdelosen Zusammenbruch der Herrschaft der Wittelsbacher in München, dann den Exzess der Räterepublik, den Gegenschlag der «Weißen» – alle Brutalität späterer Jahre war schon am Werke –, die hemmungslose Radikalität der deutschen Studenten. Für mich waren menschliche Begegnungen wichtig: mit Max Weber, dem leidenschaftlichen Denker und Patrioten, mit dem streitbaren großen Liberalen Lujo von Brentano, mit den Staatsrechtlern Karl Rothenbücher in München und Robert Piloty in Würzburg. Ein starkes Erlebnis für mich war der Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei in Nürnberg im Dezember 1920. Daran zu erinnern erscheint mir sinnvoll. Wer behauptet, Bonn sei nicht Weimar, übersieht, dass es heute wie damals um die Liberalität, um die geistige, politische und wirtschaftliche Freiheit unseres Volkes geht, die allein das Lebensgesetz unserer Demokratie sein kann. Die Deutsche Demokratische Partei hatte entscheidenden Anteil an der Gestaltung der Weimarer Verfassung gehabt – durch Hugo Preuß, Conrad Haußmann, Friedrich Naumann, der seine letzte Lebenskraft dafür eingesetzt hatte. Ihre Fraktion hatte den Versailler Vertrag abgelehnt – ich meinte, in richtiger Erkenntnis seiner unheilvollen psychologischen Wirkungen – und war deswegen aus der Regierung mit den Sozialdemokraten und dem Zentrum ausgeschieden; die beiden nutzten diese Lage, um einen schlechten Handel zu schließen – hier Vorrang der Konfessionsschule, dort Zugeständnisse an den Rätegedanken und an den Sozialismus – von daher rührt meine Skepsis gegenüber solcher Konstellation!

Die Wähler zum ersten Reichstag hatten der Partei ihre Haltung und ihre Leistung nicht gedankt. Karl Petersen, Senator und bald Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, hatte den Vorsitz der Partei übernommen. Der Nürnberger Parteitag war ein Areopag ausgezeichneter Persönlichkeiten – Friedrich von Payer war Ehrenvorsitzender, Theodor Heuss begeisterte durch ein meisterliches Referat: «Der demokratische Staat und die Volksgemeinschaft» – Walther Rathenau entwickelte das weit gespannte Bild der kommenden Wirtschaft, Karl Friedrich von Siemens gab seine wirtschaftspolitische Schau – neben ihnen Erich Koch, Gertrud Bäumer, Graf Bernsdorff, Otto Geßler – die politische Elite unseres Volkes. Tief beeindruckt war ich durch Karl Petersen, diese kraftvolle hanseatische Gestalt, diesen überzeugenden Liberalen. Was er über die «unverrückbaren Grundsätze der liberalen Politik», über nationale und soziale Politik sagte, hat bis heute Gültigkeit: «National»: Abwehr der nationalistischen Marktschreier, internationale Rechtsordnung zwischen gleichberechtigten und gleichgeachteten Nationen; «sozial»: Nur die Marktwirtschaft und ihre organische Entwicklung, die rationellere Produktion mit ihrem wachsenden Ertrag ermöglichen soziale Leistungen; aus sozialen Gründen, der Arbeitnehmer und der sozial Bedürftigen wegen, ist das sozialistische Wirtschaftssystem abzulehnen, weil es unsere Wirtschaft erstarren und unser Volk an Werten und Persönlichkeiten verkümmern ließe. Er bejahte den Bildungsanspruch der Arbeiter und Angestellten und forderte Persönlichkeitskultur in den Betrieben. Er sah die Gefahr für die nationalen und sozialen Ziele durch die Belastung des Versailler Vertrages, wandte sich gegen die Verherrlichung der angeblichen «Revolution» vom November 1918, die nur ein Zusammenbruch war, aber die Möglichkeit der demokratischen Ordnung unseres Staates schuf, gegen die Verwirrung der Geister durch die reaktionären, monarchistischen, aber auch sozialistischen Agitatoren, durch klassenkämpferische und konfessionelle Tendenzen in der Politik. Wenn eine Partei, dann konnte die von Karl Petersen geführte Deutsche Demokratische Partei die geschichtliche Aufgabe erfüllen, ein Staatsbewusstsein der Deutschen zu schaffen; nach dem Versagen des monarchischen Staates galt es, die liberale und die nationale Idee der Befreiungskriege und der Paulskirche, die Freiheit der deutschen Menschen und die Einheit der Nation zu verwirklichen. Den anderen war diese liberale Demokratie wesensfremd, ein Provisorium bis zur Restauration eines monarchischen oder autoritären Reiches, den Sozialdemokraten die Zwischenstufe zur sozialistischen Gesellschaft und Wirtschaft, ohne Einsicht, dass damit die Demokratie zuschanden gehen musste: «Republik, das ist nicht

viel, Sozialismus ist das Ziel.» Dem Zentrum ging es vor allem darum, bestimmte konfessionelle Ziele durchzusetzen, der Bayerischen Volkspartei war Weimar Gegenstand dauernden Widerstandes, erst recht den von ihr behüteten nationalrevolutionären Kräften, die den durch «Dolchstoß» und «November-Verbrechen» unterbrochenen Krieg doch noch zu gewinnen trachteten – es gab in Weimar keine Opposition, sondern auf der Rechten und auf der Linken nur Todfeinde der Demokratie. Die geringe liberale Substanz unseres Volkes wurde durch ihre konzentrischen Angriffe zersetzt, auch durch die angeblich demokratischen Parteien, durch die sozialistische Demokratie – dargestellt durch die Sozialdemokratische Partei – und die christliche Demokratie – in Anspruch genommen von Zentrum und der Bayerischen Volkspartei –; für die einen waren die Liberalen kapitalistisch – manchesterlich – liberalistisch, ausschließlich Vertreter der Besitzinteressen, für die anderen atheistisch-liberalistisch, weil sie sich in der politischen Entscheidung nicht der Weisung der Kirche beugten.

Es war die Tragik meiner Generation, dass sie es überwiegend ablehnte, Geschichte und Gegenwart rational zu erfassen, die Gesetze der Gemeinschaft aufzuspüren und danach zu handeln; sie war erfüllt von Wunschvorstellungen, von rassischen Instinkten, von sozialistischen und sozialromantischen oder ständischen Zielbildern, von dem Glauben, religiöse Ziele in der Politik verfolgen zu können, von übersteigertem und verzerrtem Nationalismus. Tabus und Dogmen verhinderten politische Einsicht.

Die Literaten, weit gehend unter dem Einfluss Friedrich Nietzsches, etwa Stefan George, Ernst Jünger, Moeller van den Bruck, Oswald Spengler – sein Wort «Liberalismus ist eine Sache für Tröpfe» –, die Männer des «Tat»-Kreises, sie lebten vom Mythos und von der Legende und verdarben den Freiheitssinn der deutschen Jugend. Am Ende war der deutsche Staat ausgelugt, seine Liberalität aufgezehrt; er wurde die leichte Beute der Hasardeure.

Verzeihen Sie mir den weit gegriffenen Rückblick, er begründet meinen fordernden, durch die Erfahrungen der bösen, illiberalen Zeit gefestigten Glauben: Die liberale Idee vom Menschen und von der Gesellschaft ist nach wie vor die bewegende Kraft unserer Zeit; sie, und nur sie, hat die große geschichtliche Leistung der Neuzeit vollbracht, den Übergang vom Absolutismus und Feudalismus zum Verfassungsstaat, zum Staat des ganzen Volkes und der gesicherten Freiheit seiner Menschen, von der gehemmten Wirtschaft zum sprudelnden Strom der freien Wirtschaft; sie hat eine kaum vorstellbare geistige, wissenschaftliche und technische Blüte geschaffen.

Und: Was seit 1945 an Wertvollem bei uns geschaffen worden ist, ist liberalen Geistes: der Rechtsstaat, die Marktwirtschaft, sie stammen nicht aus christlich-sozialen oder christlich-ständischen und nicht aus sozialistischen Ideen, sondern aus freiheitlich-liberalen Vorstellungen und Impulsen, nicht nur in der Sache, sondern auch in den Personen.

Widerlegt ist die Prophetie Kurt Schumachers, in Deutschland werde die Demokratie sozialistisch sein oder sie werde gar nicht sein, widerlegt sind die Thesen des christlichen Sozialismus, niedergelegt im Ahlener Programm und in vielen Länderverfassungen, verkündet etwa bei der Verabschiedung der sozialistisch legierten hessischen Verfassung von einem Mann des Ranges Dr. Heinrich von Brentanos mit dem Satze: «Die Christlich-Demokratische Union ist für den Sozialismus in der Wirtschaft.» Die Erkenntnis dieser Tatsachen ist gering. Ideen – geistige politische Grundsätze standen und stehen bei den Deutschen nicht hoch im Kurs. Manches deutet darauf hin, dass die Erschütterungen der Zeit keine Wandlung im Grunde gebracht haben; gefährliche Fehlentwicklungen der Weimarer Zeit bahnen sich wieder an; die Liberalen stehen wie damals in harter Abwehr. Soll sich das Wort Santayanas bestätigen: «Wer aus der Geschichte nichts lernt, ist verdammt, sie zu wiederholen»?

Meine Überzeugung: Die Liberalität ist unser Schicksal. Liberal – ist ein fremdes Wort, oft missbraucht und missdeutet – es ist das Menschliche, die höchste Kraft der Menschlichkeit, das, was die Freiheit des Menschen, jedes Menschen, schafft und stärkt und sichert; die Liberalität ist die Urkraft der Entwicklung der Menschheit. Man hat gesagt: Sokrates hat den menschlichen

Verstand befreit, Christus das menschliche Herz, jener hat Gedankenfreiheit und Wahrheit, dieser die Persönlichkeit und die Liebe des Nächsten als höchste Werte gebracht, beide zusammen machen das Wesen des Liberalen aus.

Der liberale Staat ist nicht ein Staat neben anderen, er ist im Gehalt und in der Form der Staat, höchster Stand der Entwicklung nach dreitausend Jahren europäischer Geschichte, die Idee und das Ideal des Staates, gerade deswegen von größtem Anspruch an den Einzelnen, nicht zu erfüllen ohne Hingabe der Besten. Liberal sein heißt Vernunft gegen Gefühl setzen, Wissenschaft gegen Vorurteile, beide kollektive Irrationalität. Durch die Jahrhunderte haben die Despoten mit allen politischen Richtungen paktiert, sie waren konservativ, klerikal, militaristisch, sozialistisch, niemals waren sie liberal, sie hätten sich sonst selbst widerlegt.

Es wäre reizvoll, das Wesen der Liberalität in ihrer erregenden geschichtlichen Entwicklung – die Geschichte der Freiheit des Menschen ist die Geschichte der Menschheit – darzustellen, die Namen der Männer zu nennen, die sie durch die Jahrhunderte verkörperten. Ich will stattdessen versuchen, sie an einem Erlebnis meiner Reise in die Sowjetunion vor drei Jahren deutlich zu machen. Ich traf in Kiew mit den Mitgliedern der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften zusammen. Unter ihnen befand sich ein Staats- und Völkerrechtler, dessen geprägte Persönlichkeit jeder deutschen Universität zur Zierde gereichen würde, Professor W. M. Koreckj. Es ergab sich, dass er, mit den Fragen unserer Staatsordnung, unseres Rechtes und des internationalen Rechtes wohl vertraut, Mitglied des ständigen Haager Schiedshofes ist. Ich sprach davon, dass ich an der Beratung der bayerischen Verfassung und des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland mitgewirkt habe und dass ich in der Hoffnung lebe, meine Erfahrungen bei der Verabschiedung einer Verfassung für ein wiedervereinigtes Deutschland einsetzen zu können; sie müsste noch in höherem Maße als das Grundgesetz eine liberale Verfassung werden. Der Professor erklärte, auch in der Sowjetunion sei man sich der Bedeutung einer Verfassung bewusst. Chruschtschow habe soeben eine Kommission für die Reform der Verfassung der Union der Sowjetrepubliken berufen und selbst den Vorsitz übernommen, er, der Professor, sei zur Mitarbeit aufgefordert. Wir kamen in ein lebhaftes Gespräch über die Aufgaben des Verfassungsgesetzgebers und damit über das Wesen des Staates und des Rechtes überhaupt. Ich verfocht meinen liberalen Standpunkt: Noch wichtiger als die Organisation des Staates und die Bestimmung der Funktionen der Staatsorgane ist die geistige Ordnung, die sich in den Grund- und Freiheitsrechten der Bürger ausdrückt, in der Möglichkeit der freien Entfaltung der Menschen als Quelle großer geistiger und wirtschaftlicher Leistungen, in der Sicherung der Lebenssphäre des Menschen durch das Recht und durch den Staat, auch gegen den Staat, der seinerseits dem Rechte verpflichtet ist, darüber hinaus in der friedlichen und gerechten Beziehung zu anderen Völkern; deswegen haben wir das Bekenntnis zu den unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten, diesem liberalen Katechismus, als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt an die Spitze unseres Grundgesetzes gestellt; dabei ist uns die allgemeine Erklärung der Menschenrechte, von den Vereinten Nationen im Dezember 1948 in Paris verkündet, ein verpflichtender Appell gewesen. Hier ergab sich ein betonter Widerspruch meines Gesprächspartners. Er hatte, so berichtete er, die Deklaration der Menschenrechte in den Vereinten Nationen als Vertreter der Ukraine mitberaten, sie aber am Ende zusammen mit den Vertretern der Sowjetunion, Weißrusslands, Polens, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, Saudi-Arabiens und Südafrikas abgelehnt. Für ihn war entscheidend, dass die so genannten «sozialen» Grundrechte, besonders das Recht des Menschen auf Sicherheit gegen wirtschaftliche Ausbeutung, gegen jede Abhängigkeit von privatem Produktionskapital, nicht in den Katalog der Grundrechte aufgenommen worden waren. Nur sie gewährten dem Menschen die Freiheit. Ich stellte dagegen die Erfahrung, dass diese angeblich sozialen Grundrechte notwendig zur totalitären Staatsmacht und letztlich zur Vernichtung der menschlichen Freiheit, zur Rechtlosigkeit führen und dass nur die durch die klassischen Grundrechte gesicherten Menschen eine frei-

heitliche Gemeinschaft bilden können. Er: «Nur wenn der Staat frei – frei vom «Kapitalismus» – ist, ist auch der Mensch frei.» – Ich: «Nur wenn der Mensch frei ist, ist auch der Staat frei.» Wir haben beide überspitzt und mit Begriffen operiert, die sich nicht völlig decken, aber wir haben den Kern des Gegensatzes getroffen: Er will den Schutz des Einzelnen durch den Staat, ich den Schutz des Einzelnen vor dem Staat, vor seinem Eingriff; ihm geht es um das Recht des Staates, mir um das Recht des Menschen. Während unserer Unterredung erinnerte ich mich daran, was ich in den Protokollen der Kommission der Vereinten Nationen für die Menschenrechte gelesen hatte: Der ukrainische Professor hat dort die alles überragende Bedeutung wirtschaftlicher Sicherheit hervorgehoben und wiederholt mit dem Satz begründet: «Freie Menschen können verhungern.» Der englische Vertreter hat demgegenüber die grundlegende Bedeutung der Gewissens- und Meinungsfreiheit, der Versammlungs- und Wahlfreiheit betont und erklärt: «Wir wollen freie Menschen, keine wohlgenährten Sklaven.»

Mein Kiewer Gespräch rührt an die akute Problematik des Rechts und der durch das Recht gesicherten Liberalität überhaupt. Den Vorstellungen des ukrainischen Professors kann man – in mannigfachen Abwandlungen – auch bei uns begegnen. Das Bewusstsein der Unverbrüchlichkeit der Freiheitsrechte und ihrer Wirksamkeit für alle Lebensgebiete unseres Volkes ist gering, der Schmerzensweg der Staats- und Rechtswertung ist nicht zu Ende; die Freiheitsrechte als Schranke des unantastbaren Bereiches des Einzelnen, Bürgerrecht und Bürgerfreiheit wurden erkämpft und ertrotzt gegen den Obrigkeitsstaat, gegen die Willkür und das Unrecht der Zeiten, in denen trotz Christentum Leibeigenschaft, Hörigkeit, Folter, Inquisition, Polizeistaat herrschten, gegen freiheitsfeindliche Gruppen und Schichten, gegen Reaktionen und gegen Irrlehren. Sie sind – von uns nach einer Zeit der Rechtslosigkeit neu als Ziel aufgerichtet – schon wieder bedroht durch Ideologien, die die Freiheit und das Recht nicht achten, durch alle jene, die zur Freiheit nicht taugen, die den Zweck dem Recht voranstellen, die aus dem Staat eine Anstalt zur Versorgung oder zur Beherrschung der Menschen machen wollen.

Es wird behauptet, die gewaltigen Umwälzungen auf dem Gebiete der Wissenschaft und der Technik, die durch die Einsteinschen Theorien eingeleiteten wissenschaftlichen und technischen Entwicklungen und ihre wirtschaftliche Umsetzung, die Atomtechnik, die Atomwirtschaft, die fortschreitende Automation, die großen Fortschritte in der Elektronik und Kybernetik würden unser Wirtschafts- und Sozialgefüge und damit auch die Staats- und Rechtsordnung vom Grunde her ändern, wir stünden am Beginn einer neuen Periode der Menschheit, eben des Atomzeitalters, damit vor einer neuen Kulturschwelle, einer Änderung des Inhaltes und der Struktur unserer Daseinswirklichkeit, ähnlich wie beim Übergang von der Lebensform des Jägers zu der des Hirten, des Bauern, des Handwerkers, des Stadtbürgers. Die Zeit, in der der einzelne Mensch vor dem allmächtigen Staat Schutz gesucht habe, etwa durch die Trennung der Gewalten oder durch die Grund- und Freiheitsrechte, gehe zu Ende; immer mehr komme es auf das positive Verhalten der öffentlichen Hand an, die über die Güter des Lebens verfüge; die staatliche Verwaltung werde immer mehr zur Leistungsträgerin ordnender, verteiler Art, das Recht daher ein Vehikel der Steuerung und Verteilung öffentlicher Leistungen, an denen der Bürger angemessen beteiligt sein wolle; die schlimme Folge der gehäuften Gesetze, insbesondere der zwangsläufig sich ständig wandelnden Maßnahmegesetze, und des immer wachsenden öffentlichen Rechtes müsse man hinnehmen. Auf vielen Gebieten hat sich unsere Gesetzgebung in den letzten Jahren in diesem Sinne verhalten; sie hat fast zugunsten aller vom Schicksal getroffener Menschen Rechtsansprüche geschaffen, für die Kriegsoffer, die Kriegsgefangenen, die von den Nationalsozialisten Verfolgten, die Besatzungsgeschädigten, die Flüchtlinge und Vertriebenen im Lastenausgleich, die «131er» und andere. Wir meinten, dass es sich dabei ausschließlich um die Liquidation der schlimmen deutschen Vergangenheit handle. Man proklamiert aber bereits «das Schicksal als einklagbaren Rechtsverlust»: Der Bürger will die öffentliche Hand für jede Not und jeden Schaden in Anspruch nehmen. Das Bundesverfassungsgericht ist

ihm in einer seiner ersten Entscheidungen weit entgegengekommen; es hat von der verfassungsrechtlichen Verpflichtung des Staates zur sozialen Aktivität gesprochen und davon, dass der Gesetzgeber verpflichtet sei, sich um einen erträglichen Ausgleich der widerstreitenden Interessen und um die Wiederherstellung erträglicher Lebensbedingungen für alle zu bemühen. Was soll das heißen? Umverteilung der Vermögen? Eingreifen des Staates in wirtschaftliche Geschehen und in die Gesetze der Wirtschaft, um «auszugleichen»?

Hier scheiden sich die Geister. Meine Meinung: Auch die moderne Technik mit ihren tief greifenden Änderungen unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft steht in der Folge der geistigen Entwicklung, die im späten 18. Jahrhundert begonnen und alle Lebensbereiche erfasst hat; gespeist durch den Geist der Aufklärung, mit dem aus ihr fließenden starken einheitlichen Lebensgefühl, ist sie die Quelle der Fruchtbarkeit auf allen Gebieten geworden, hat sie den Blick des Menschen geweitet, im Makrokosmos und im Mikrokosmos, hat sie die Erde und schließlich den Weltraum dem Menschen untertan werden lassen. Der gewaltige Aufschwung der letzten zweihundert Jahre ist unlöslich mit den klassischen Freiheitsrechten, der Freiheit der Person, der Freiheit des Glaubens, der Freiheit des Bekenntnisses, der Freiheit der Meinung, der Freiheit des Eigentums, der Gewerbefreiheit, verbunden, ohne sie wäre er nicht möglich gewesen, ohne sie würde er nicht dauern. Die Aufgabe des wahren, des liberalen Rechtes ist in unserer industrialisierten und technisierten Zeit die gleiche geblieben, dem Menschen die Freiheit zu geben, er selbst sein zu können, seine eigene Sphäre, seine Würde, sein Persönlichstes zu wahren, und ihn zu befähigen, die Welt denkend und ordnend zu durchdringen und die Fülle des Lebens zu empfangen, zu mehren und weiterzugeben. Aus der Vielfalt der vom Recht geordneten Spannungen zwischen dem Einzelnen und der Gesellschaft erklärt sich die Bewegtheit und der Reichtum der abendländischen Geschichte. Zu Unrecht ironisierte Anatole France: «Die Majestät des Gesetzes, das Armen und Reichen verbietet, auf Straßen zu betteln, unter Brücken zu schlafen und Brot zu stehlen.» Das Recht muss die Ordnung wollen; ohne sie gibt es keine Sicherheit und keine Freiheit. Not zu beheben ist nicht die Aufgabe des Rechtes, sondern die Pflicht der christlichen Barmherzigkeit und der Humanität, die zu üben der Einzelne und alle Glieder der Gesellschaft gehalten sind. Aus den Worten Goethes in «Hermann und Dorothea»: «Wer leugnet es wohl, dass hoch sich das Herz ihm erhob, als man hörte vom Recht der Menschen, das allen gemein sei, von der begeisternden Freiheit und von der löblichen Gleichheit –» klingt die Skepsis des Wissenden. Sie ist nicht zu loben, die Gleichheit, nicht jedem das Gleiche, sondern jedem das Seine – *sum cuique* muss das Prinzip sein. «Soziale» Gerechtigkeit kann nicht heißen, dass der Unbegabte und der Lässige den gleichen Anteil an den Lebensgütern haben soll wie der Schöpferische und der Tüchtige. Jeder aber hat den Anspruch auf die gleiche Chance, seine Gaben entwickeln zu können.

Wir wissen von dem tiefen Zusammenhang zwischen dem Rechtsempfinden der Menschen und ihrer Haltung zum Staat. Dort, wo in Europa das Römische Imperium seine Macht aufgerichtet und in seiner Spät-Zeit die Vorstellung der staatlichen Allmacht durchgesetzt hatte, ist das gewachsene, volkhaftere Recht ausgelöscht worden; dort ist die Beziehung der Menschen zu ihrem Recht und zu ihrem Staat durch die Jahrhunderte fragwürdig geblieben: labiles Recht, Pendelschlag von der Revolution zur Diktatur, extreme Parteien, Einfluss der Kirche auf den Staat, christliche Parteien, schwache Parlamente, Herrschaft der Beamten. In den angelsächsischen und in den skandinavischen Staaten, auch in der Schweiz ist das starke Rechtsbewusstsein die Grundlage einer stabilen Staatsordnung, am Rechte und an der Freiheit der Bürger hat sich dort der Staat gebildet. Noch einmal: Wir haben es schwerer als andere Völker. Der Limes wirkt nach bis zum heutigen Tage.

Für den Liberalen ist das in den Grund- und Freiheitsrechten liegende Unrecht das Fundament und die Sicherung für das Zusammenleben der Menschen auf allen Ebenen, es ist die Norm des Gemeinwohles, es ist das Maß: Gut und richtig im Staat, in der Gesellschaft, in der Wirtschaft ist nur, was mit

diesem Unrecht in Einklang steht. Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, wirtschaftliche und soziale Aufgaben dadurch zu vermengen, dass man das liberale Gesetz der Wirtschaft angeblich sozialer Zwecke wegen verletzt, Eigentum und Vertragsfreiheit und Wettbewerb beschränkt, während gerade die darauf gegründete liberale Wirtschaft die sozialste ist, da sie den höchsten Ertrag erbringt und daher die soziale Verpflichtung am besten erfüllen kann.

Die Aufgabe des guten Rechtes und der guten Wirtschaft ist die gleiche: den Menschen instand zu setzen, unter eigener Verantwortung zu wirtschaften, ihn aber auch zu zwingen, für sein Handeln einzutreten, mit der Folge, dass Millionen von wirtschaftenden Menschen ein Höchstmaß an Hingabe und Sorgfalt, an «Planung» aufwenden. Der Satz: «Die Wirtschaft ist unser Schicksal» enthält nur eine bedingte Wahrheit; die Politik ist unser Schicksal auch das unserer Wirtschaft; aber die rotarisch ist eng verbunden mit der Wirtschaft, und die Wirtschaft ist unlösbar verknüpft mit dem Recht; eine zerüttete Wirtschaft verdirbt Recht und Staat; ohne gesundes Recht gibt es keine gesunde Wirtschaft. Das Wort von der «formierten Gesellschaft» kann nur den Sinn der durch das Recht geordneten Gesellschaft haben.

Es ist vielfach bestritten, aber es ist meine Überzeugung, dass unser Grundgesetz wirtschaftspolitisch nicht neutral ist, sondern – der Geist weht, wo er will – dass es die Marktwirtschaft als Ordnungsprinzip der Wirtschaft mit Verfassungskraft festgelegt hat. Es hat an sich den Satz vom Relativismus als Grundzug der Demokratie, also den Gedanken, dass die jeweilige Mehrheit bestimmen könne, was die richtige Ordnung vom Staat, von der Gesellschaft und von der Wirtschaft sei, aufgegeben, vielmehr durch das Grundgesetz ein eindeutiges Kriterium geschaffen: den Gehalt der Grund- und Freiheitsrechte, das Recht auf allen Gebieten der Gemeinschaft. Hier gibt es kein Ausweichen und keinen Neutralismus, auch keine Berufung auf die «Sozialstaats-Klausel»: Ein Wirtschaftssystem, das die Freiheitsrechte des Einzelnen ausschaltet oder lähmt, das ihn zum ausführenden Organ der Bürokratie macht, es wäre nicht nur wirtschaftlich falsch, sondern es wäre auch verfassungswidrig. Sämtliche Prinzipien der Marktwirtschaft sind im Grundgesetz unverrückbar normiert: das allgemeine Persönlichkeitsrecht: «Jeder hat das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit.» Damit ist die wirtschaftliche Sphäre des Einzelnen geschützt, die Vertragsfreiheit, das Recht auf Einsatz der durch Wissen, Können, Erfahrung, Genie gegebenen Möglichkeiten, die Freiheit des Wettbewerbs, das Recht auf freie Wahl und Ausübung des Berufes, das große, geschichtliche Recht und der Wert der «Gewerbefreiheit», vor allem auch das Eigentum. Eigentum ist mehr als Geldeswert, ist Wille, ist Seele, ist ein Stück der Persönlichkeit; die freie Verfügung über Produktionsmittel und Produktionsgüter war, verbunden mit der Vertragsfreiheit, Voraussetzung und antreibende Kraft, die zu der geschichtlich beispiellosen Entfaltung der Wirtschaft geführt hat. Vom Eigentum gehen die wirtschaftlichen Wirkkräfte aus, vor allem die bestmögliche Wirtschaftslenkung und die rationelle Wirtschaftsrechnung. Unser Grundgesetz sagt: «Eigentum verpflichtet.

Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.» Richtig muss es heißen: «Der Gebrauch des Eigentums dient nicht nur dem Eigentümer, sondern auch der Allgemeinheit», noch richtiger: «es dient dem Eigentümer nur, wenn es vorher der Allgemeinheit, den anderen, gedient hat». Dem Eigentum verbindet sich ein geheimnisvolles Gesetz: Die List der Vernunft zwingt den Eigentümer, unabhängig von seinem sittlichen Wollen, zum Guten und zum Richtigen; wenn er sein Eigentum nützen will, kann er es nur dadurch, dass er es einsetzt, die Bedürfnisse anderer zu decken; er wird nur belohnt und hat nur dann den Genuss seines Eigentums, wenn er diese Bedürfnisse richtig befriedigt. So ist das Eigentum das große Stimulans der Wirtschaft. Fehlt es, dann verkümmert die Wirtschaft. Ich habe es auf meinen Reisen durch die Länder des Ostens erfahren. Die auf Eigentum und Vertragsfreiheit gegründete Wirtschaft ist jeder sozialistischen, staatlich gelenkten Wirtschaft weit überlegen; sie ist noch mehr: die Voraussetzung einer freiheitlichen Lebensordnung und der aus ihr wachsenden kulturellen Leistung.

Die Seele der Marktwirtschaft ist der Leistungswettbewerb. Der Wettbe-

werb ist nicht veraltet, sondern – so sagte der gescheite Walter Eucken – die Meinung ist veraltet, der Wettbewerb sei veraltet. Der Wettbewerb ist die schöpferische, regulierende Kraft. Sie unterwirft jeden der Kontrolle des Marktes und zwingt ihn zur Leistungssteigerung. Zur Wettbewerbswirtschaft gehören Freiheit der Unternehmerentscheidung, Entschlusskraft und Risiko des Unternehmers, Freiheit der Verbraucherwahl. Die Aufgaben des Staates in der Wirtschaft sind groß: die Rahmenbedingungen für den Wettbewerb zu schaffen, die Sorge für die Effektivität des Leistungswettbewerbs und für die Startgerechtigkeit, für wirksame Sozialinvestitionen, für konjunkturgerechte Kredit-, Fiskal- und Wechselkurspolitik, für die «Infrastruktur» der Wirtschaft. Alle anderen Eingriffe in die Wirtschaft sind gefahrlos, die Manipulation auf monetärem Gebiete, die zersetzenden Maßnahmen der Subventionen, der Protektionen, des staatlichen Einflusses auf die Preise, die Diskriminierungen; alle Maßnahmen, die der Staat punktuell trifft, also ohne Rücksicht auf die Gesamtordnung der Wirtschaft – in den Grundstoffen, besonders in der Landwirtschaft, in der Wohnungswirtschaft, auf dem Kapitalmarkt, im Verkehr –, sind falsch, weil sie zwangsläufig andere Maßnahmen des Eingreifens erfordern. «Beim ersten sind wir frei, beim zweiten sind wir Knechte.»

Ein Musterbeispiel ist der Bergbau, ein rückläufiger Industriezweig, der mit Milliarden gestützt wird, mit der Folge, dass die anderen Opfer bringen müssen, dass der Bergarbeiter künstlich im Bergbau gehalten wird, dass große Kapitalmengen falsch investiert werden; das Ergebnis ist der Ruf nach ständig neuem staatlichem Schutz. Solange das Gesetz des Marktes gilt, gibt es die wirtschaftliche Macht als Missbrauchsgefahr nicht. Es herrscht nicht nur der Wettbewerb der Hersteller gleichartiger Güter und Leistungen, sondern der Wettbewerb neuer Erzeugnisse mit den überkommenen Produkten, der «Substitutions-Wettbewerb»: Das Öl drängt umso rascher vor, je mehr versucht wird, die Kohle zu stützen. Dahinter macht sich das Erdgas und dann die Kernenergie auf. Es gibt in Wirklichkeit keine wirtschaftliche Macht, es sei denn die vom Staat entlehene.

Gefahr für die Wirtschaft ist die Zunahme des Anteils der öffentlichen Hand am Gesamtaufwand des Volkes, nicht nur zahlenmäßig, sondern auch verhältnismäßig; sie erinnert an den alles verschlingenden Fiskalismus und Bürokratismus des spätrömischen Reiches. Wenn die öffentliche Hand die Hälfte des Volkseinkommens für sich fordert, dann schlägt die Quantität in die Qualität um, dann wachsen Beamtenheer und Steuerdruck, dann schwinden Entscheidungsfreiheit und Risiko des Einzelnen, dann kommt der Sozialismus des Fiskus über uns. Das angebliche Gesetz der steigenden Staatsausgaben ist eine gefährliche Irrlehre, ist die Ausrede der Verantwortungslosigkeit.

Es gibt nur eine Marktwirtschaft, die liberale. Der Begriff der «sozialen» Marktwirtschaft ist zwielichtig: Das Beiwort «sozial» verrät – so meine ich – Misstrauen gegenüber der Gerechtigkeit und Wirksamkeit des Wettbewerbs, verrät schlechtes Gewissen, ist eine Art vorweggenommene Exkulpation für Eingriffe des Staates, ist die Anerkennung einer von vornherein unterstellten Notwendigkeit, die Wettbewerbswirtschaft zu korrigieren, also des Willens, dem Risiko der Marktwirtschaft zu entgehen.

Der Bundeskanzler Kiesinger hat am 27. Januar vor dem Wirtschaftstag seiner Partei geäußert: «Die soziale Marktwirtschaft hat sich – nimmt alles nur in allem – in allen politischen Gruppen weithin durchgesetzt.» Schon am nächsten Tage haben die Sozialausschüsse eben der Partei des Bundeskanzlers sich «empört» über die Beschlüsse des «so genannten» Wirtschaftstages der CDU, die in Gegenwart des Kanzlers und vieler Minister gefasst worden waren, geäußert, sie als mehr als bedenklich bezeichnet, erklärt, dass die Leitsätze den «Geist antiquierter liberal-kapitalistischer Gesinnung, die höchst einseitigen Interessen bestimmter Wirtschaftskreise dienen sollen, atmen». Wie gegensätzlich, ja unversöhnlich sind die Ansichten der Anhänger dieser sozialen Marktwirtschaft! Wenn wir an die Ziele der Gewerkschaften denken, die mit ihren Forderungen ja nicht nur ein höheres Lohneinkommen der Arbeiter, sondern Umverteilung des Vermögens, Anteil der Arbeiter an den

Produktionsgütern, Einfluss auf die Produktion begehren, die das Ziel der «wirtschaftlichen Mitbestimmung» haben, also Einfluss auf die Leitung der Betriebe fordern und damit die Rechte der Eigentümer verkürzen, deren Interessen zu wahren in großen Unternehmungen auch das Management verpflichtet ist, die das Ziel der «Wirtschaftsdemokratie» haben, also die Grundsätze der politischen Willensbildung der Bürger übertragen wollen auf die Struktur der Wirtschaft, besonders in der Form des überbetrieblichen Mitbestimmungsrechtes – sie sind in Wirklichkeit Gegner der Marktwirtschaft und erstreben die geplante, die sozialistische Wirtschaft. Das Wort von der «sozialen Marktwirtschaft» verwirrt die Gemüter: Kürzlich haben es Kirchenvertreter ernstlich fertig gebracht, vorzuschlagen, dass die Unternehmergewinne der deutschen Wirtschaft zur Linderung der Not in anderen Teilen der Welt verwendet werden. Unsere praktische Wirtschaftspolitik ist – aus Mangel an Grundsätzen – voller Widersprüche: Wir wollen den Wettbewerb und gleichzeitig den Schutz vor seinen Folgen, wir wollen Marktwirtschaft und schaffen Marktordnungen auf weiten Gebieten, wir subventionieren und dirigieren weite Gebiete der Wirtschaft, wir steigern diese Fehlentwicklungen auf der europäischen Ebene – hier liegt die Ursache aller finanzpolitischen und wirtschaftspolitischen Sorgen unserer Tage. Es tut Not, dass wir uns auf die sauberen und harten Grundsätze der Marktwirtschaft besinnen.

In der Aussprache des Bundestages hat mir der Bundeskanzler Kiesinger erwidert: «Eine große Volkspartei heute kann gar nicht ohne einen Zuschuss von Liberalität existieren, liberale Gesinnung ist etwas, was in allen Parteien dieses Hauses Heimat hat.» In diesen Tagen des hundertsten Geburtstages Ludwig Thomas ist mir eine Josef-Filser-Gestalt in den Sinn gekommen: Ein bayerischer Zentrums-Mann wurde in einer Aussprache in die Enge getrieben und entschuldigte sich am Ende mit den Worten: «Ja wissens, ich bin halt ein liberaler Zentrums-Sozi.» Der literarisch Gebildete sagt es vornehmer: «Prophete rechts – Prophete links, das Weltkind in der Mitte.» Man kann nicht «auch-liberal» sein. Nichts ist verderblicher als die Haltung des half and half – ein bisschen Unternehmerwirtschaft, ein bisschen Sozialismus, ein bisschen Klerikalismus, ein bisschen Toleranz – «wir sind ja alle christlich, wir sind ja alle sozial, wir sind ja alle liberal»: Welches Missverstehen des Wesens der Politik, die ein Handeln aus einer geistigen Haltung sein muss! Von Entideologisierung, davon, dass es in der Politik angeblich immer mehr auf Sachfragen und immer weniger auf Prinzipien ankomme, sprechen nur jene, deren Lehren widerlegt worden sind; die Liberalen haben es nicht nötig, es gibt nur eine Antwort auf die Fragen der Gegenwart und der Zukunft, die liberale, die so klassisch richtig ist, wie sie es eh und je war, es gibt nur eine Gegenkraft gegen den totalitären Marxismus, die freiheitliche, rechtsstaatliche, marktwirtschaftliche Liberalität. Und wenn die beiden anderen Parteien ihre politischen Ideen, die sie bisher verfochten haben, einmotten und sich einen liberalen Mantel umhängen, dann vollzieht sich das, was Karl Jaspers – hier wenigstens hat er recht – als den «unwahrhaftigen Grund ihrer Existenz» bezeichnet hat: Die eine gründet sich auf den von ihr faktisch aufgegebenen Marxismus und gerate dadurch in die Konfusion ihres Denkens; die andere nenne sich christlich, während sich doch eine politische Partei auf den biblischen Glauben redlich nicht gründen lasse; daraus wachse die Unwahrheit, die unser öffentliches Leben zersetze. Wir können berichtend sagen: zu zersetzen drohte; es geschah nicht, weil wir Liberalen am Werke waren und uns weit über unsere Zahl hinaus mit unseren Vorstellungen im Staat und in der Wirtschaft durchgesetzt haben, weil die Liberalität wie ein Hormon die Lebensvorgänge unserer Gemeinschaft bisher gesteuert hat. Man braucht sich nur vorzustellen, die wirtschaftspolitischen Entscheidungen des Frankfurter Wirtschaftsrates im Jahre 1948 – Ludwig Erhard war unser Kandidat! – und die staatspolitischen Entscheidungen des Parlamentarischen Rates in Bonn im Jahr 1949 – das Grundgesetz trägt die Handschrift von Theodor Heuss und von Höpker-Aschoff – hätten ohne uns getroffen werden müssen, die christlichen und marxistischen Sozialisten hätten unter sich akkordieren können, um zu erkennen, wie frevlerisch das Gerede vom Zwei-Parteien-System in der Bundesrepublik ist, wie sehr es geistig auf uns, die Liberalen,

angekommen ist und ankommt.

Als Konrad Adenauer aus dem Amte des Bundeskanzlers schied, hat ihn der Präsident des Deutschen Bundestages, Dr. Gerstenmaier, in einer eloquenten Laudatio auf eine Stufe mit Bismarck gestellt. In einem Gespräch nachher hat sich Adenauer leidenschaftlich dagegen gewandt. Er hat zwar die außenpolitische Leistung Bismarcks anerkannt, ihm aber den Vorwurf gemacht, dass er innenpolitisch völlig versagt habe und dass er Schuld daran trage, dass wir das nicht haben, was das deutsche Volk so notwendig brauche: die große liberale Partei.

Wer von dem Zwei-Parteien-System träumt, übersieht die Fakten.

Die Christlich-Demokratische und die Christlich-Soziale Union will keine Partei, sie will eine Union sein, sie will alles umfassen, das alte Zentrum, also Klerikale, die früheren Deutsch-Nationalen, also Konservative, dazu Sozialisten, vielleicht auch einige Liberale. Ihre Entscheidungen kommen durch Verständigung auf einer Linie des Kompromisses, also des Abweichens von liberalen Grundsätzen, zustande; darin vornehmlich waren die Schwierigkeiten der Koalition der Freien Demokraten mit der Union begründet. Wenn religiöse Erwägungen politisch entscheidend sind, werden die Menschen als Christen, nicht als Bürger angesprochen, sie werden deswegen auch nicht Bürgen des Staates, die Wahlen werden zu konfessionellen Volkszählungen entwürdigt. Ein Modell christlicher Politik war das Saarland: Johannes Hoffmann hatte mit christlichen Forderungen nach 1945 den größten Teil des «Volkes an der Saar» hinter sich gebracht, eine Verfassung geschaffen, die nur die Konfessionsschule kannte. Es ist erschütternd nachzulesen, was am 26. März 1950 vor einer neuen Wahl die katholischen Dechanten des Saarlandes ihm schrieben: «Die Katholiken standen – so meinten sie – vor der Entscheidung über christlich oder nichtchristlich orientierte Politik. Mit dieser Frage wurde leider verknüpft eine Entscheidung für oder gegen den wirtschaftlichen Anschluss, der eine Trennung von Deutschland zur Folge hatte. Die Wahlen waren nicht frei von Furcht, Zwang und Unwissenheit.» Bei den Wahlen in meiner bayerischen Heimat war und ist es gleichgültig, was wir Freien Demokraten außenpolitisch, staatspolitisch, wirtschaftspolitisch oder sozialpolitisch erstreben. Bei jeder Wahl haben die Bischöfe uns von der Kanzel her – ich habe als Justizminister den Kanzelparagraphen abgeschafft – die Wahlwürdigkeit abgesprochen, weil wir neben der Konfessionsschule die christliche Gemeinschaftsschule als Regelschule erstreben. Wer glaubt, dass eine solche Demokratie etwas taugen könnte! Die Zeit, in der die Union über die absolute Mehrheit im Bundestag verfügte, hat schweren Schaden gebracht: Damals wurden die Weichen für die wirtschafts- und finanzpolitischen Fehlentwicklungen gestellt, unter denen wir jetzt leiden, weil der radikale Flügel in der Regierungspartei kein Gegengewicht hatte und im Plenum des Bundestages die willige Unterstützung der Sozialdemokraten fand. Damals wurden die gemeinschaftswidrigen Änderungen des Bundessozialhilfegesetzes und des Jugendwohlfahrtsgesetzes, die Erschwerung der Ehescheidung durchgesetzt, wurden die Geleise für eine unfruchtbare Deutschland- und Europapolitik gelegt.

Ein schlimmes Exempel ist das unselige Röhrenembargo! Wie das Verbot der Lieferung von Großröhren in den kommunistischen Bereich von den Ministern und Abgeordneten der Union durchgezogen wurde, enthüllte eine schlimme Missachtung der Wahrheitspflicht, des Rechtes überhaupt, der Pflicht des deutschen Kaufmanns zur Vertragstreue, der Rechte des Bundestages – wahrlich keine Empfehlung für eine Ordnung unseres Parteienwesens, die einer Partei die Übermacht gibt.

Die Sozialdemokratie ist auf der Flucht vor sich selbst, vor ihren geistigen Wurzeln und vor ihrer Geschichte. Sie hat alles aufgegeben, was ihr jemals Profil gegeben hat. Ihre Wahlslogans 1948: «Das kommunistische Manifest des Jahres 1848 vollenden!» 1953: «Die Marktwirtschaft ruiniert die Wirtschaft, Wettbewerb durch Sozialisierung!» – wer glaubt, dass sie heute – trotz Schiller – liberal handeln könnte? Statt langer Darlegungen ein Erlebnis, das mich bewegt hat: In der Energiedebatte im März vorigen Jahres sprach der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Bundestagsab-

geordneter Walter Arendt. Er erklärte: «Ich glaube, es ist allerhöchste Zeit, es ist nicht nur fünf Minuten zu eins, sondern es ist in der Sache fünf Minuten zu zwölf, glauben Sie mir – und ich sage das mit gebotenen Ernst –, im Ruhrgebiet zieht Sturm auf, dunkle Wolken ballen sich dort zusammen, große Gefahr für unsere demokratische Entwicklung ... Wenn die Unzufriedenheit, die von Tag zu Tag wächst, sich nicht gewaltsam entladen soll, dann haben wir die Verpflichtung, durch großzügige und schnelle Entscheidung Vorsorge zu treffen, dass nicht eine Entwicklung gewaltsam und eruptiv verläuft, wir sollten nicht auf eine gewaltsame Entladung dieser gespannten Lage warten!» Das war der Tatbestand der, im Deutschen Bundestag ungerügt, von der Sozialdemokratischen Partei mit Beifall begleiteten Parlamentsnötigung, in unserem Strafgesetzbuch mit schwerster Strafe bedroht. Der Druck wurde ausgeübt, obwohl der Staat jährlich Milliarden für den Bergbau und für die Bergarbeiter aufwendet, am Ende um wirtschaftswidrige und wirtschaftsschädliche Entscheidungen zu erzwingen. Und er hatte Erfolg! Wer kann glauben, dass hier Liberalität in guter Hut sei?

Vieles liegt bei uns im Argen: Die ungelöste deutsche Frage, die verfahrenne Europapolitik, die schwindende Wirksamkeit unseres Bundestages, das zunehmende Übergewicht der Exekutive gegenüber dem Parlament, der gefahrvolle Einfluss der Verbände, die geminderte Unternehmerfreudigkeit, die Einengung des Wettbewerbs, die unzureichende Finanzverfassung, die Fehler unserer Finanzpolitik, die Gefahren für unsere Währung, die unausgeglichene Sozialpolitik, die Rückstände und Versäumnisse unserer Bildungspolitik, die mangelnde politische Bildung der deutschen Menschen. Mehr denn je fühlen wir Liberalen uns aufgerufen, von unseren Grundsätzen der durch das Recht gesicherten Freiheit im geistigen, im politischen, im wirtschaftlichen Raume her, als Partei der Vernunft – nun erst recht – am Werk zu bleiben.

Lassen Sie mich mit einem Bilde schließen, das sich mir eingepägt hat: Theodor Heuss hatte die Friedens-Klasse des Ordens pour le mérite für Wissenschaft und Kunst wieder aufleben lassen. Dort ist es Übung, dass auf einen Verstorbenen der Mann seines Faches den Nachruf spricht. Als Luigi Einaudi starb, erbat sich Theodor Heuss dieses Recht; der erste Präsident der Bundesrepublik Deutschland, dieser große und freie Mann, der für die Welt das wahre Gesicht der Deutschen wieder sichtbar gemacht hat, huldigte dem Namen des großen italienischen Gelehrten und Liberalen Luigi Einaudi, des Schülers Benedetto Groces, des Retters der italienischen Währung und der Wirtschaft, des ersten gewählten Präsidenten der italienischen Republik: Die liberalen Heiligen schwebten durch den Raum.